



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

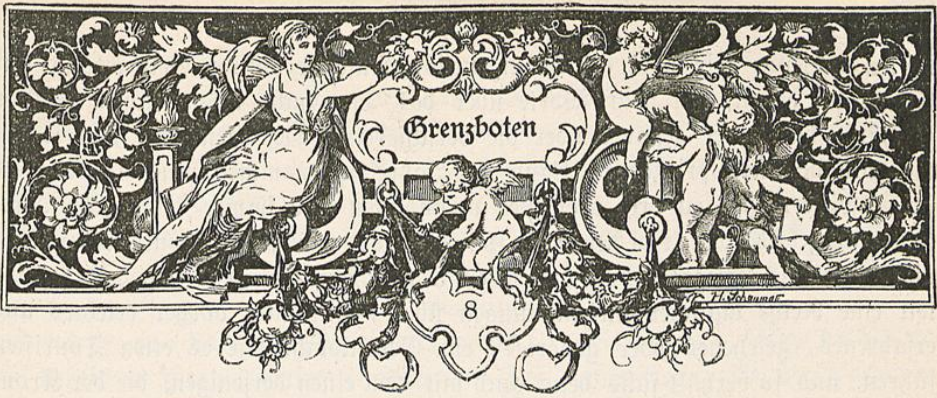
**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die Kaiserfrage und Geffkens Tagebuchsblätter

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Die Kaiserfrage und Geffkens Tagebuchsblätter



Doktor Geffken hat bei seiner Vernehmung über die Veröffentlichung des Auszugs, den er sich aus dem ihm zum Durchlesen anvertrauten Kriegstagebuche des Kronprinzen gemacht hatte, die Behauptung aufgestellt, er habe damit keinen politischen Zweck verfolgt, sondern der Geschichte dienen wollen, und zwar sei seine Absicht besonders dahin gegangen, die politische Bedeutung seines fürstlichen Freundes und namentlich den Umstand, daß er bei Gründung des Deutschen Reiches die treibende Kraft gewesen sei, andern Meinungen gegenüber, hervorzuheben. Wahrheitsliebe also und der Trieb, der Wahrheit zur Geltung zu verhelfen, wären seine Beweggründe, eine Ehrenrettung, oder richtiger, eine gerechte Würdigung wäre sein Ziel gewesen. Nach seiner Vergangenheit ließe sich an der Glaubwürdigkeit dieser Behauptung zweifeln. Aber lassen wir das, da eine Begründung solches Zweifels nicht der Mühe zu lohnen scheint. Dagegen wollen wir im Nachstehenden an einem wichtigen Teile der Verhandlungen über die Gründung des Deutschen Reiches prüfen, ob er sein angebliches Ziel erreicht haben würde, wenn das kronprinzliche Tagebuch, das ihm vorlag, die Wahrheit voll enthalten hätte und nicht bei Berührung der Kaiserfrage, deren schließliche Erledigung das Werk der Vereinigung der deutschen Staaten zu einem Reiche, ihre Verwandlung aus selbständigen Teilen zu Gliedern unter einem Haupte vollendete und krönte, einen wesentlichen Abschnitt dieser Frage, gleichsam den ersten Akt des Dramas mit Schweigen überginge. Indem wir damit zugleich einen frühern Aufsatz über die Sache ergänzen, brauchen wir wohl kaum zu sagen, daß auch wir Anspruch darauf erheben, uns lediglich in den Dienst der Geschichte gestellt zu haben und folglich bei unsrer Darstellung des Ganges der Dinge an keinerlei politische Zwecke zu

denken. Bevor wir aber an die eigentliche Aufgabe unsrer Betrachtung und Erzählung gehen, ein paar Worte über das Tagebuch, aus welchem Geffens geschöpft hat, oder genauer über die verschiedenen Gestalten, die das Kriegstagebuch des Kronprinzen im Laufe der Jahre angenommen, und mit denen es sich gewissermaßen zu drei oder vier veränderten und immer vermehrten Auflagen ausgebildet hat, von denen die spätern nicht mehr als Tagebuch, wenigstens nicht mehr als Kriegstagebuch angesehen werden konnten. Ein Tagebuch nennen wir eine Reihe täglicher Aufzeichnungen über unmittelbar vorher erlebtes und erfahreneres, gesehenes oder gehörtes, ein Gedebuch, wie es etwa Touristen führen, und so verhält sich denn auch mit dem einen derjenigen, die der Kronprinz verfaßte, und dem ursprünglichen. Es ist kurz und beschäftigt sich, wie es der Krieg mit sich brachte, vorzüglich mit militärischen Thatsachen und Vorkommnissen; gelegentlich begegnet man darin auch politischen Dingen, aber keinen Betrachtungen, Urteilen, Vorfäßen und Prophezeiungen dieser Art. Die andern Exemplare sind weit umfangreicher und offenbar erst nach dem Kriege mit Zusäßen versehen, die der Verfasser nach Gesprächen einfügte, die er mit Freunden oder solchen, die er dafür hielt, über politische Fragen gehabt hatte; das eine Exemplar ist mehr, das andre weniger mit derartigen Interpolationen abgeändert, jedes ein Tagebuch im Tagebuch. Auch englische Briefe und ähnliche Einflüsse können den Stoff zu den Einschreibungen aus späterer Zeit teilweise geliefert haben. Er war ein sehr wahrheitsliebender Herr. Er konnte über den Zeitpunkt der Interpolationen nicht täuschen wollen in einem Tagebuche, das zunächst ein Gedebuch für eignen Gebrauch sein sollte; er täuschte sich über die Freunde, denen er seine ursprünglichen Aufzeichnungen zu lesen gab, und die später auch die ersten interpolirten zu sehen bekamen. Diese Herren waren Mißvergnügte, Streber und Intriganten, Leute, die sich zu großen Dingen berufen fühlten, die es besser wußten und konnten als die Regierung, die gern mitgeraten und mitgethan hätten, verkannte Talente, sitzen geblieben und kalt gestellt, sagen wir kurz: politische Winkelkonjulenten und Pfschdoktoren. Er zeigte ihnen das Tagebuch, und sie machten ihre Bemerkungen dazu, die er dann eintrug. Sie hatten gefunden, daß es mit dieser Zuthat eine für ihre Zwecke nützliche Unterlage für die Zukunft abgeben könne. Vornehmlich hierauf sind die verschiedenen Umgestaltungen zurückzuführen. Der hochselige Herr liebte das Ab- und Umschreiben. Und er hatte Zeit dazu. Denn sein königlicher Vater hielt ihn seit dem Konflikte von 1863 von wichtigen politischen Geschäften fern, redete nicht nur selbst sehr selten mit ihm von solchen Fragen, sondern gestattete in der Regel auch seinen Ministern nicht, ihm davon Mitteilung zu machen. Zahrelang gab es mit geringen Unterbrechungen auf diesem Gebiete Meinungsverschiedenheiten und Kämpfe zwischen dem alten und dem jungen hohen Herrn, die bisweilen zu lebhaften Auftritten, starken Ausbrüchen von Unmut auf Seiten des erstern führten. So auch in

Versailles, wie das kronprinzliche Tagebuch berichtet, und wie sich dessen Andeutungen weiter erzählen ließen, wenn Indiskretion nicht ein Laster wäre. Statt solcher Ergänzung lassen wir daher eine andre folgen. Das kronprinzliche Tagebuch in seiner erweiterten Gestalt, seiner später interpolirten Auflage, enthält Dinge, die nicht in das Kriegstagebuch gehörten, es leidet aber auch andererseits an dem Mangel, daß es solche nicht bringt, die hinein gehörten, wenn kein falsches Bild entstehen sollte. Es ist auch in jener umgearbeiteten Form unvollständig, und das gilt namentlich von seiner Darstellung der Art und Weise, wie sich die Kaiserfrage während der Zeit nach dem Siege bei Sedan im deutschen Hauptquartier entwickelte. Der ganze erste Akt der Verhandlungen über diese Hauptfrage ist in allen Tagebuchsformen weggeblieben, und da auch bei unserm ersten Artikel darüber\*) ein Mißverständnis möglich ist, so ergänzen wir mit Ausfüllung der Lücke auch diesen. Wir sagten da ohne einschränkende Bemerkung: „Kein Zweifel also, daß Bismarck und der Verfasser des Kriegstagebuchs, das Professor Geffken auszugsweise veröffentlicht hat, 1870 zu Versailles dasselbe Ziel vor Augen hatten.“ Das war der Fall, aber erst in Versailles, nicht von Hause aus, und nicht, wie aus Geffkens Auszügen zu schließen ist, hat der Kronprinz den Kanzler, sondern umgekehrt, dieser hat jenen zu seiner Ansicht bekehrt. Die Kaiserfrage war ein Schauspiel in mehreren Aufzügen, deren dritter die Proklamirung des Kaisers im Schlosse von Versailles war. Den ersten bildeten die Besprechungen, in denen Bismarck den Kronprinzen von seiner aus Baden stammenden, zuerst im Jahre 1861 von Sybel in der Schrift „Die deutsche Nation und das Kaiserreich“, ausgesprochenen Meinung abzubringen suchte, daß die Kaiseridee undeutsch, daß sie gegen das wahre Interesse der Nation sei, wobei er an die mittelalterlichen Kaiser, an deren Römerzüge, deren Anspruch auf Weltherrschaft und an Karl den Fünften dachte. Er wollte deshalb ursprünglich nur einen König der Deutschen. Gegen einen Kaiser im mittelalterlichen Sinne ließ sich in der That viel Triftiges einwenden, nur dachte Bismarck, als Vertreter der Kaiseridee, an keinen solchen und konnte nicht an etwas der Art denken.

Die Politik der großen Kaiser des Mittelalters war keine nationale, sie opferte vielmehr, wie Sybels obengenannte Schrift nachweist, das nationale Interesse dem Streben nach theokratischer Weltherrschaft. Sie hatte nicht das Gedeihen unsers Volkes als höchsten Zweck im Auge, befruchtete und entwickelte den Keim und Kern desselben nicht, sondern hemmte und schädigte ihn; sie betrachtete den Bestand der deutschen Nation nur als Mittel für die Ansprüche eines weltumfassenden Ehrgeizes, und sie setzte den germanischen Trieb nach lokaler Selbständigkeit und den romanischen Gedanken einheitlicher Staatsgewalt

\*) Grenzboten, Nr. 47 vom vorigen Jahre in dem Aufsatz: „Die Stellung Bismarcks und des Kronprinzen zu Baiern im Winter 1870“ Seite 350.

nicht in richtiges und organisches Gleichgewicht, sondern bedrohte die deutsche Freiheit mit Überfluthung durch welsches Cäsarentum. Das Kaiserreich erlebte unter Karl dem Großen Schöpfung und höchsten Stand in demselben Augenblick, es gestaltete sich gleich bei seiner Gründung als priesterliche Weltherrschaft, und es brach sofort nach dem Tode seines Stifters nach raschem Sinken auseinander. Nachdem alsdann König Heinrich der Finkler mit politischer Genialität und weltlicher Gesinnung die Kräfte der Nation gesammelt hatte, erneuerte Otto I. das Kaisertum auf kirchlichem Boden, mit dem Anspruch auf höchste Gewalt über die gesamte Christenheit; aber zum zweitenmale erwies sich das System des „heiligen“ Reiches unhaltbar, und Schritt für Schritt ging es unter seinen Nachfolgern mit ihm an Umfang und Kraft bergab, bis zum Aussterben des sächsischen Hauses. Wieder trat in Konrad II. ein echter Staatsmann als Hersteller des politischen und nationalen Königtums auf, und wieder erfasste bereits dessen Sohn der Zauber der geweihten Weltkrone. Zum drittemmale wurden von ihm die Grenzlinien zwischen Kirche und Staat verwischt, und nicht zufrieden mit der Aufgabe, sein deutsches Volk zu regieren, von dem Wunsche erfüllt, mittels der Kirche den Erdkreis zu beherrschen, wirkte er mit zu einer Verfassung der letztern, bei der die kaiserliche Vormundschaft ein Widerspruch war. Auf dem Boden eines theokratischen Weltreiches konnte es nicht zwei Regenten geben, die dauernd in Frieden mit einander lebten, und als Heinrich IV. mit Gregor VII. brach, behielt der Priesterfürst die Oberhand über den Laienkaiser. Es war die dritte Niederlage des Kaisertums, die entscheidende und die letzte. Deutschland als politischer Organismus ging aus seiner Kaiserzeit zerrüttet hervor, es gab noch den Namen eines Reiches, aber keine wirksame Staatsgewalt mehr. Zwei Jahrhunderte hindurch strebte die Nation auf allerlei Wegen aus der Anarchie heraus zu kommen, und um das Jahr 1490, wo die Bewegung für eine Reichsreform verbreiteter und energischer als je vorher war, schien dies gelingen zu wollen. Aber das neue Kaisertum stand seiner Natur nach in demselben schneidenden Widerspruche mit den Interessen des deutschen Volkes wie das alte. Als der Erzbischof Berthold von Mainz dem Kaiser Maximilian die geschichtliche Summe jenes Strebens in Gestalt von Verfassungsverträgen vorlegte, war dieser vor die Frage gestellt, was er vorziehe, eine starke Reichsgewalt, die er aber nur gemeinsam mit den im Reichstage vertretenen Ständen und nach fester Ordnung zu führen hätte, oder die bisherige Verwirrung, dabei aber die Hoffnung, sie für dynastische Zwecke auszubeuten. Er entschied sich für das letztere, und mit der nationalen Verfassung war es vorbei. Mit dem Streben nach auswärtigen Eroberungen für die Dynastie vertrug sich keine konstituirte deutsche Nation, die der Politik ihres Oberhauptes Maß und Regel nach den Bedürfnissen Deutschlands gegeben hätte. Um die Streitkräfte des letztern für die habsburgische Weltherrschaft gebrauchen zu dürfen, setzte der Kaiser die Auf-

Lösung des Bundesstaates in einen Staatenbund durch. Für seinen Enkel Karl V. war das deutsche Reich nur eine Provinz seines Weltreiches, und nicht diejenige, die ihm die liebste war. Das war vielmehr Spanien, für das er Italien eroberte, nachdem er die Franzosen von da vertrieben hatte, mit dessen militärischen Kräften er die deutschen Protestanten bekämpfte, und das ihm gemeinschaftlich mit Italien die Räte lieferte, denen er dann die Leitung der deutschen Politik übertrug. Wie der Protestantismus von der alten Kirche, so war unter ihm die deutsche Nationalität von Fremdherrschaft bedroht, und wenn in keinem Nachbarstaate über dem religiösen Streite das nationale Bewußtsein für geraume Zeit verloren ging, so war dies unter diesem weltbeherrschenden Kaiser in Deutschland der Fall. Der Kaiser bedrängte die evangelischen Fürsten mit spanischen Heerhaufen, und die Fürsten riefen dagegen französischen Beistand auf. Der Kaiser bezahlte die spanische Hilfe mit Überweisung der Niederlande, die Fürsten die französische mit Überlassung von Metz, Toul und Verdun. Wie die Weltpolitik der mittelalterlichen Kaiser die Kräfte Deutschlands für hoffnungslose Aufgaben im Auslande vergeudet hatte, so riß die des ersten Kaisers der neuen Zeit die Glieder der Nation stückweise aus einander. Ähnlich verfahren in wichtigen Fragen die österreichischen Nachfolger Karls, indem sie ihre Thätigkeit für die Verteidigung Deutschlands gegen Frankreich nicht nach dem deutschen, sondern nach dem habsburgischen und dem kirchlichen Interesse bemessen.

Konnte nun der Kronprinz bei seinem Widerstreben gegen den Kaisertitel auf diese Erinnerungen hinweisen, so war ihm zu erwidern, daß an eine Erneuerung des heiligen römischen Reiches, an einen halb priesterlichen Charakter seines Oberhauptes nicht gedacht werde und gar nicht gedacht werden konnte, und daß in dem Namen Kaiser, deutscher Kaiser nicht das Streben nach Eroberung fremder Länder, nicht die Absicht, ein Weltreich zu gründen, liege, ja durch ihn ausdrücklich ausgeschlossen sei. Deutscher Kaiser bedeute nationaler Kaiser, nicht, gleich dem Papste, den Anspruch auf Regierung der ganzen Christenheit erhebender Kaiser, nicht Weltbeherrscher, nicht einmal Gebieter über alle Deutschen, auch die in Osterreich, Holland und den baltischen Landen beisammen wohnenden, oder auch nur die Hoffnung auf eine zukünftige Stellung der Art. Die große Mehrheit der Nation verwerfe jede Erinnerung an das mittelalterliche Kaisertum mit seinen Kreuzzügen und Romfahrten und wolle auch von nichts ähnlichem wissen. Sie verlange einen friedlichen Herrscher, der das Volk zusammenhalte, seine Kräfte für die innere Wohlfahrt entwickle und seine Freiheit gegen das Ausland sicher stelle und wahre.

Die Königsidee, so argumentirte der Kanzler, sei unausführbar und ohne Stütze im Volke und bei den meisten Fürsten. Drei kleinere Könige unter einem größern seien etwas noch nicht dagewesenes. Auf gütlichem Wege ließen sich die Könige nicht degradiren. Dann wurden dem Kronprinzen die

Vorzüge des Titels Kaiser auseinandergesetzt und zwar zunächst der, welcher später dem König Ludwig gegenüber geltend gemacht wurde, es werde leichter sein, sich einem Landsmanne, der den Titel deutscher Kaiser führe, als einem Nachbar, dem Könige von Preußen, unterzuordnen und ihm Rechte in Krieg und Frieden einzuräumen. Sodann aber habe im Volke der Kaiser offenbar mehr Eindruck hinterlassen, als die wenigen Fürsten des Mittelalters, die sich deutsche Könige genannt hätten, trotz ihrer Verdienste um die Nation. Die seien in der Masse des Volkes ebenso vergessen wie die unheilvolle Politik der alten Kaiser. Die Nation hoffe bei der Erneuerung des Reiches nicht auf einen deutschen König, sondern auf einen Kaiser als Schlußstein und Krönung des Baues. Nicht ein König, sondern ein Kaiser sitze, der Auferstehung harrend, im norddeutschen Kyffhäuser und im süddeutschen Untersberge. Der Kaisergedanke habe schon in der Burschenschaft von 1818 gelebt, 1848 sei er in der Paulskirche zu Worte gekommen, 1863 habe Österreich mit seinem Verfassungsentwurfe für den Frankfurter Fürstentag etwas ähnliches im Sinne gehabt. Später war, so schloß diese Empfehlung der Kaiseridee, bei der Gründung des Norddeutschen Bundes nachweislich von einem Kaiser desselben die Rede, und man sah davon nur deshalb ab, weil es eine Spaltung Deutschlands gegeben hätte, weil der Anschluß von Baiern und Württemberg durch vorzeitige Herstellung des Kaisertums erschwert worden wäre. Aus ähnlichen Gründen habe die Regierung im Februar 1870 den Abgeordneten Lasker mit seinem Ansuchen abgewiesen, Baden in den Bund aufzunehmen; es wäre das ein starker und verstimmender Druck auf dessen süddeutsche Nachbarn gewesen, der den durch den Zollverein und die Militärverträge vorbereiteten freiwilligen Eintritt erschwert haben würde. Die Kaiseridee wäre in allen Kreisen des Volkes bereits lebendig, aber kein Verständiger denke dabei an einen heiligen römischen Kaiser, niemand verbinde damit eine Salbung in Rom, Eroberungskriege jenseits der Alpen und das Streben nach einer Weltmonarchie, überhaupt an etwas, was dem nationalen Interesse widerstreite. Man erwarte vielmehr von dem neuen deutschen Oberhaupte, daß dieses Interesse ihm alleinige Richtschnur sei, daß es sie mit allem seinem politischen Thun und Lassen repräsentire. Der Kaiser, der Bismarcks Denken vorschwebte, war somit eine rein nationale Idee, die Idee der Einigung nach langer Zwietracht und tiefem Verfall, der neuen Macht und Sicherheit, des neuen Gedeihens, Aufblühens und Fruchtbringens durch diese Einigung, diese Organisation und Konzentration aller Glieder der Nation um einen erhöhten Mittelpunkt. Nun, diesen ganzen Akt der Verhandlungen über die Kaiserfrage, der in verschiedene Szenen zerfiel, erwähnt das Kronprinzliche Tagebuch nicht mit einem Worte; die Vollständigkeit der Darstellung aber liegt im Interesse der Geschichtschreibung.

Nun kam der zweite Akt, in welchem Bismarck und der Kronprinz vereint den König Wilhelm für die Idee zu gewinnen suchten. Der wies sie

zuerst ungestüm ab und geriet in Zorn, als sie beharrten. Der Kanzler fragte, ob Seine Majestät ein Neutrum bleiben wolle. Der König fragte, was er damit meine, was für ein Neutrum. Se nun, das Präsidium, lautete die Antwort Bismarcks. Endlich verstand sich der König, widerstrebend und nicht ohne mehrtägige Verstimmung gegen den Kanzler, zur Einwilligung in den Vorschlag, wenn er den Titel Kaiser von Deutschland annehmen und führen dürfe. Er wurde darauf aufmerksam gemacht, daß dies gegen die Verträge verstoße und den territorialen Besitz ganz Deutschlands bedeuten würde. Er meinte darauf, der Zar nenne sich ja auch Kaiser von Rußland. Bismarck widersprach und sagte, der Titel laute russischer Kaiser. Der König aber blieb bei seiner Ansicht und gab sie erst auf, als er Hofrat Schneider befragt, und dieser Bismarck Recht gegeben hatte.

So war der Hergang, und nun überlassen wir den Lesern, zu beurteilen, ob Geffen der Geschichte und seinem kronprinzlichen Gönner und Freunde den Dienst geleistet hat, den er ihnen angeblich zu leisten bemüht war.



## Der Geheimmittelschwindel

Von Otto Gerland



in in den letzten Jahren mit besonderer Hefigkeit erörterter Gegenstand ist der Verkehr mit Geheimmitteln und im Anschluß daran der Verkehr mit Arzneimitteln überhaupt durch Unberufene. Auch diese Blätter haben schon eine schätzenswerte Arbeit Ahlgreens darüber gebracht (Jahrgang 1887, Band 2, S. 265).

Da der Kampf in dieser Frage aber immer heftiger entbrannt und allmählich auch auf die Gebiete der Polizeiverordnungen und der Rechtsprechung übergegangen ist, so lohnt es sich wohl, die Angelegenheit hier nochmals zu erörtern. Man kann sie als ein Seitenstück zu den Kämpfen betrachten, die infolge der Erkenntnis, daß man bei Erlaß der Gewerbeordnung bezüglich des Grundsatzes des Gehenlassens zu weit gegangen sei, zu dem Erlaß der mancherlei in den letzten Jahren ergangenen Gesetze zur Ergänzung und Abänderung der Reichsgewerbeordnung geführt haben.

Bezüglich des Verkehrs mit Arzneimitteln bestimmte die Reichsgewerbeordnung im § 6: „Das gegenwärtige Gesetz findet keine Anwendung auf die